

mitarbeiten 04/2016

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Neue Publikation »Arbeit im Verein«

Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung

Eine lebendige Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft sind auf das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das freiwillige Engagement im Verein ist dabei weiterhin der Regelfall. Doch wie gründe ich einen Verein? Wie formuliere ich eine Satzung? Und welche rechtlichen und organisatorischen Herausforderungen gilt es im Spannungsfeld von Gemeinnützigkeit und Abgabenordnung zu beachten? Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit gibt zahlreiche alltagstaugliche Tipps zur freiwilligen Arbeit im Verein und zeigt, was Vereine als Ausdruck gelebter gesellschaftlicher Selbstorganisation und Solidarität mit Demokratie zu tun haben.

Das Vereinswesen in Deutschland besitzt eine lange Tradition als Motor gesellschaftlicher Innovation. Vereine sind Taktgeber des Fortschritts in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie Ökologie, Kultur, Bildung, Sport und internationaler Verständigung.

In Deutschland gibt es im Durchschnitt sieben Vereine je 1.000 Einwohner/innen. Neben Stiftungen, Genossenschaften oder gemeinnützigen GmbHs machen die mehr als 580.000 Vereine in Deutschland mit nahezu 95 Prozent den Löwenanteil der organisierten Zivilgesellschaft aus. Vereine sind eine langlebige Organisationsform: Rund 40 Prozent der Vereine in Deutschland wurden zwar nach 1990 gegründet; das Gründungsdatum immerhin jedes fünften Vereins liegt aber noch vor dem Zweiten Weltkrieg. Vereine sind darüber hinaus in der Regel stark lokal verankert: etwa 72 Prozent engagieren sich vor Ort in ihrer Kommune. Statistisch ist jede/r Deutsche Mitglied in mindestens einem Verein.



Die Publikation möchte vor diesem Hintergrund all jenen Menschen Hilfestellung geben, die sich im Rahmen ihrer Vereinszugehörigkeit ehrenamtlich in der Vereinsarbeit engagieren; die Publikation richtet sich aber zugleich an diejenigen, die am Anfang ihrer freiwilligen »Vereinskarriere« stehen.

Christoph Hüttig nimmt – auf der

Basis eigener langjähriger Erfahrungen in der Beratung von Vereinen und Initiativen – die Leserinnen und Leser mit auf eine informative und praxisnahe Reise durch das Vereinshaus. Er gibt einen detaillierten Überblick über die rechtlichen Anforderungen, die sich mit der Gründung eines Vereins verbinden. Wo liegen die

Vorteile der Vereinsgründung und des eingetragenen Vereins, welche Voraussetzungen sind bei der Gründung eines Vereins zu beachten, wie muss eine Satzung als »Grundgesetz des Vereins« ausgestaltet sein? Das Buch stellt die Grundprinzipien der Gemeinnützigkeit und die Fallstricke der Abgabenordnung ebenso vor wie die verschiedenen Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder,

es informiert sachkundig über die möglichen Arbeits-, Beschäftigungs- und Dienstverhältnisse im Rahmen eines Vereins.

Die Arbeit im Verein war und ist eine der stärksten demokratischen Sozialisationsinstanzen in unserer Gesellschaft: sei es für junge Menschen oder für Menschen, die aus anderen, weniger von Teilhabe und Demokratie geprägten Kulturkreisen kommen. Der Autor lenkt den Blick folgerichtig auf die grundsätzliche Bedeutung von Teilhabe und demokratischer Willensbildung als unverzichtbare Leitprinzipien demokratischer und nachhaltiger Vereinsführung und Vereinsarbeit.

Eine »konsequent basisdemokratische Ausgestaltung der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen« stellt für Hüttig die »tragfähigste Säule des Vereinshauses« dar. Eine demokratische Organisationskultur erleichtert die Vereinsarbeit auf vielen Ebenen, sei es bei der Gewinnung neuer Mitglieder, der Nutzung und Verteilung von Ressourcen oder der Legitimation nach innen und außen.

Neben der demokratischen Teilhabe beschreibt der Autor mit den Begriffen »Kommunikation« und »Transparenz« noch zwei weitere Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung. Sein Fazit: Wenn Vereine als »Ausdruck gelebter Demokratie« diese Handlungsmaximen in ihrer alltäglichen Arbeit konsequent beherzigen, ist ein wichtiger Grundstein für eine erfolgreiche Vereinsarbeit gelegt.

Christoph Hüttig: *Arbeit im Verein. Vereinsgründung, Rechtsgrundlagen und Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung.* Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2016, *Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen* Nr. 51, 120 S., 12,00 Euro, ISBN 978-3-941143-32-6, *zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de*





»Flüchtlinge können für sich selber sprechen«

Flüchtlinge sind als politische Akteure kaum präsent in der Öffentlichkeit. Dennoch gibt es in Deutschland schon seit einiger Zeit eine Reihe von Initiativen, in denen sich Geflüchtete selbst organisiert haben. Sie wirken dabei auf verschiedenen Ebenen: sie mischen sich mit ihren Forderungen in die politische Debatte ein, sie schaffen solidarische Verbindungen zwischen den Communities in Europa, den Herkunftsländern und der deutschen Gesellschaft und schärfen zugleich den Blick auf die Fluchtursachen. Seit 2005 stärkt die Stiftung :do mit ihrer Förderpraxis die Rechte von Flüchtlingen und Migrant/innen. Miriam Edding, Vorstand der Hamburger Stiftung, erläutert im Gespräch, was Selbstorganisation von Geflüchteten bedeutet.

Frau Edding, welche Faktoren sind aus Ihrer Sicht für die Selbstorganisation von Geflüchteten besonders wichtig?

Es geht erst einmal darum zu begreifen, dass Geflüchtete in der Lage sind, für sich selbst zu sprechen. Selbstorganisation hilft dabei, die eigene Stimme zu erheben, sich als handelndes Subjekt, und nicht bloß als Objekt und Hilfeempfänger zu begreifen. Grundsätzlich ist es ganz wichtig, dass alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben müssen, um an der Gesellschaft partizipieren zu können. Das ist bei vielen Geflüchteten nicht der Fall. Selbstorganisation ist ein Versuch, die Bedingungen, unter denen Geflüchtete hier leben, mit zu gestalten. Dies ist verbunden mit dem Wunsch nach Anerkennung und zugleich mit einem selbstbewussten Anspruch auf das Recht auf Differenz.

Wie läuft der Prozess der Selbstorganisation in der Praxis ab?

Im Rahmen unserer Arbeit haben wir viel Kontakt zu Flüchtlingen, die beispielsweise über Marokko nach Europa beziehungsweise nach Deutschland gekommen sind. Einige von ihnen haben sich bereits in Marokko organisiert, weil sie dort von extremer Polizeigewalt und von lebensbedrohenden Grenzmechanismen betroffen waren. In Deutschland angekommen, setzen sie vor Ort diese Vernetzungsarbeit und Selbstorganisation fort. Sie möchten mit ihrer Arbeit den Bogen spannen von ihrer Fluchtgeschichte zu der Situation in Deutschland. Sie möchten andere Flüchtlinge aus einer passiven Haltung herausholen, sie zur Mitarbeit motivieren und sie über ihre Rechte informieren.

Wie gelingt das Zusammenspiel von selbstorganisierten Geflüchteten und der Unterstützerszene?

Ein gutes Beispiel ist die Initiative »Watch the Med«, die wir als Stiftung schon lange unterstützen. Die Initiative betreibt ein rund um die Uhr erreichbares Notrufsystem für Bootsflüchtlinge in Seenot. Im Rahmen des Projekts und des dahinterstehenden Netzwerks engagieren sich ganz viele Migrant/innen, zum Beispiel aus Syrien, gemeinsam mit einheimischen Unterstützer/innen dafür, dass Menschen auf der Flucht nach Europa nicht mehr im Mittelmeer sterben. Teil der sich formierenden sozialen Bewegung sind aber auch Menschen, die noch auf dem Weg sind, bis hin zu Menschen, die nicht nach Deutschland, sondern in die USA emigriert sind.

Welche Themen halten Sie bei der Integration von Geflüchteten zukünftig für besonders wichtig?

Ich denke, es ist wichtig, die sozialen Probleme anzugehen: Zugang zu billigem Wohnraum in den Städten, Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten. Daneben geht es grundsätzlich um die Frage: wie gestalten wir in Zukunft zusammen unseren politischen Nahraum, wie stärken wir das Gemeinwesen in einer Gesellschaft, die durch Migration und Heterogenität geprägt ist? Zum Gemeinwesen gehören alle die, die vor Ort zusammen leben, unabhängig davon, ob sie einen deutschen Pass haben oder einen syrischen oder einen aus Ghana. Und dann zu sagen: Was sind hier unsere lokalen Fragen? Es kann dabei um Bildung gehen, es kann um Gesundheit gehen, es kann um mehr Grünflächen im Park gehen, um Angebote für Kinder, Sprachkurse, um was auch immer. Es geht darum, das Gemeinwesen gemeinsam zu organisieren, neugierig aufeinander zu sein, gemeinsam zu entscheiden, wie wir zusammen leben wollen. Gemeinsam etwas aufzubauen schafft Vertrauen und Toleranz. Es geht darum, durch Teilhabe und Partizipation eine positive Vision des demokratischen Zusammenlebens zu vermitteln – nicht nur, aber gerade auch Flüchtlingen.

Das vollständige (Video-)Gespräch sowie weitere Texte & Materialien zur Tagung »Integration heißt Teilhabe« im Netz unter www.mitarbeiten.de/tagung_integration_2016.html

Bürgerbeteiligung sinnlich erfahrbar machen

Planning for Real ist ein beteiligungsorientiertes Planungsverfahren, welches seit einigen Jahren in Deutschland erfolgreich erprobt und angewandt wird. Der Name kann mit »Planung von unten« oder »Aktiv für den Ort« übersetzt werden. Planning for Real orientiert sich an den Prinzipien der aktivierenden Gemeinwesenarbeit und wurde in den 1970er Jahren in Großbritannien entwickelt.

Ein Kerngedanke des Verfahrens ist die Partizipation der Menschen vor Ort: Planning for Real ermutigt Bürgerinnen und Bürger, bei der Gestaltung ihrer unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumgebung mitzuwirken – sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Darüber hinaus ermöglicht das Verfahren ein gemeinsames, sach- und lösungsorientiertes Arbeiten von Bewohner/innen, öffentlichen Einrichtungen, von Politik, Verwal-

tung und Unternehmen einer Gemeinde. Das durch Planning for Real-Prozesse angeregte bürgerschaftliche Engagement schafft Lebensqualität vor Ort und kann durch innovative Handlungsansätze zu einer Stärkung der lokalen Demokratie und zu einer Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung beitragen.

Die verschiedenen Autorinnen und Autoren der Publikation stellen



die einzelnen Verfahrensschritte, die Arbeits- und Kommunikationsprinzipien sowie die klassischen Stolpersteine des Verfahrens ausführlich, anschaulich und handlungsorientiert vor. Zahlreiche Praxisbeispiele illustrieren überdies das gemeinwohlorientierte und demokratiefördernde Potenzial der Methode: in allen portraitierten Städten, Kommunen und Gemeinden hat sich Planning for Real als leicht zu lernendes, alltagstaugliches, lebensweltnahes und sozialraumorientiertes sowie sinnlich erfahrbare Instrument der Bürgerbeteiligung erwiesen.

Claudia Schwarz et al.: Planning for Real. Praxiserfahrungen mit einem gemeinwesenorientierten Beteiligungsverfahren. Bonn 2010, 142 S., 10,- Euro, ISBN 978-3-941143-08-1, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Starthilfeförderung

JUFO: Partizipation, Debatte, Entertainment

Die in Rheinland-Pfalz angesiedelte Jugendinitiative »Jugendforum: Politik« (JUFO) veranstaltet seit Sommer 2015 regelmäßig öffentliche Debatten unter der Beteiligung von Jugendorganisationen, in welchen tagespolitische und gesellschaftsrelevante Themen engagiert und unter Einbeziehung des Publikums diskutiert werden. Die mittlerweile mehrfach ausgezeichnete Arbeit des JUFOs wurde auch durch eine Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit möglich.

Ob die Legalisierung von Cannabis, das geplante Freihandelsabkommen TTIP oder der Zustand der Medien angesichts der »Lügenpresse«-Vorwürfe: das sind nur einige der Themen, die beim JUFO Monat für Monat öffentlich und kontrovers verhandelt werden. Die mittlerweile an Schulen in ganz Rheinland-Pfalz stattfindenden Veranstaltungen bieten dem jugendlichen Publikum in 90 Minuten neben politischer Bildung auch zielgruppengerechtes Entertainment: neben Auftritten und Gastvorträgen von bekannten Youtubern ermöglichen es beispielsweise multimediale Publikumsumfragen

und Fragerunden am Ende jeder Veranstaltung den Zuschauerinnen und Zuschauern, direkt am politischen Diskurs teilzunehmen. Mit dem stets gut besuchten Format ist es der Initiative zudem gelungen, Jugendliche wieder stärker für politische Fragen zu sensibilisieren und zur Mitarbeit anzuregen.

Mit ihrer Starthilfeförderung will die Stiftung Mitar-

beit Bürgerinnen und Bürger jeden Alters ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Die Stiftung Mitarbeit fördert im Durchschnitt etwa 50 bis 70 bürgerschaftliche Initiativen, Vereine und Projekte pro Jahr mit einer finanziellen Starthilfe.

Antragsfristen für Starthilfeanträge im Jahr 2017 sind der 1. März, der 29. Mai, der 4. September und der 6. November. Weitere Infos im Netz unter www.mitarbeit.de/starthilfe.html



Partizipation für Engagierte und Geflüchtete

Partizipation und Teilhabe sind das Ziel von Integration. Teilhabe beginnt dort, wo Menschen leben. In dem Workshop (3.–4. März 2016 in Dortmund) beschäftigen sich Engagierte und Geflüchtete zusammen mit dem Thema Partizipation, in dem sie ihre Haltungen, gegenseitigen Erwartungen und das eigene Tun reflektieren. Sie gehen der Frage

nach, wie Partizipation in der Arbeit der Initiativen umgesetzt wird und wie Partizipation in Flüchtlingseinrichtungen und in der Kommune gestärkt werden kann. Der Workshop richtet sich an Engagierte in Flüchtlingsinitiativen und Geflüchtete.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Netzwerk kommunale Partizipationsbeauftragte

Unter dem Dach des Netzwerks Bürgerbeteiligung hat sich im Jahr 2013 das »Netzwerk Kommunale Partizipationsbeauftragte« gegründet. Mittlerweile haben sich darin mehr als 60 Verwaltungsmitarbeiter/innen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengeschlossen, deren Auftrag es ist, die Bürgerbeteiligung in ihrer Kommune voranzubringen und strategisch (weiter) zu entwickeln. Im Februar 2017 findet das nächste Netzwerks-

treffen der Partizipationsbeauftragten statt. Es bietet die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Vertiefung wichtiger Themen und Fragestellungen. Alle kommunalen Verwaltungsmitarbeiter/innen, die Interesse an einer Mitarbeit haben und noch nicht Mitglied im Netzwerk sind, können sich an das Netzwerkmanagement wenden.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Neu in den Gremien

Christiane Bainski, Leiterin der »Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren« in Nordrhein-Westfalen, ist neues Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Mitarbeit. Neu ins Kuratorium der Stiftung Mitarbeit gewählt wurden Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg sowie Prof. Dr. Ortwin

Renn, Wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam. Vorsitzende des Stiftungsrates ist Monika Kunz, Leiterin des Stadtplanungsamtes der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Eine Übersicht aller Gremienmitglieder der Stiftung Mitarbeit im Netz unter www.mitarbeit.de/gremien.html



Besuch aus Libyen: Eine Delegation aus Bürgermeistern und Mitarbeitern von Stadtverwaltungen und NGOs aus Libyen war Anfang Oktober 2016 zu Gast bei der Stiftung Mitarbeit. Im Mittelpunkt des zweistündigen Gesprächs stand der Wunsch, mehr über Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene zu erfahren. Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Mitarbeit, informierte im Rahmen des Treffens über die Praxis in Deutschland und stellte innovative Beteiligungsformate, Projekte und gute Beispiele vor. Organisiert und finanziert wurde die Reise durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Auswärtige Amt.

Praxisworkshop

Konfliktmoderation in Gruppen

Auch in Gruppen, die ein gemeinsames Anliegen vertreten – sei es in Initiativen, Projekten, in Kirchengemeinden oder in der Selbsthilfe – kann es zu Spannungen und Streit kommen. Entscheidend ist nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern eine gute Form zu finden, um Konflikte auszutragen.

Doch wie können schwierige Situationen konstruktiv gestaltet werden? Was kann man tun, wenn (oder bevor) es richtig kracht? Diese Fragen sowie die konkreten Konfliktlagen der Teilnehmenden stehen im Mittelpunkt des Seminars (03.–04. März 2017 in Frankfurt am Main). Sie setzen sich mit unterschiedlichen Konflikttypen, Konfliktfeldern und Wegen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten auseinander. Inhaltliche Inputs, Übungen und Kleingruppenarbeit wechseln sich ab. Das Seminar wendet sich an ehrenamtlich Aktive in Vereinen und Initiativen.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kuntz
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.